

Gemeinderat - öffentlich - vom 22.09.2015
1) TOP Bürger fragen

Herr Smiatek: Das Technische Hilfswerk habe Schätzungen abgegeben, dass bis zu 5.000 Flüchtlinge in der Bedarfsorientierten Landeserstaufnahmestelle aufgenommen werden könnten.

Bürgerin aus Donaueschingen: Sie wohne in nächster Nähe zur BEA und fühle sich momentan nicht mehr sicher. Sie werde von Flüchtlingen belästigt und gebettelt werde auch sehr häufig. Sie habe Bedenken, Angst und Sorge, nachts alleine aus dem Haus zu gehen.

Oberbürgermeister Pauly: Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger würden ernst genommen. Die Zahl der Delikte seien in Donaueschingen, seit die Flüchtlinge hier untergebracht seien, nicht gestiegen. Es würden leider aber falsche Gerüchte gestreut werden. Akut würde für die Bürgerinnen und Bürger in Donaueschingen keine Gefahr bestehen. Die Stadt werde alles dafür tun, dass man sich in Donaueschingen sicher fühlen könne. Die Polizeipräsenz habe sich in Donaueschingen erhöht.

(Auf Frage von einer Bürgerin) Er selbst sei zufällig bei dem Polizeieinsatz in der BEA vor Ort gewesen. Es wirke natürlich beängstigend, wenn so viele Polizisten vor Ort seien. Dieser Einsatz diene aber der Sicherheit. Er könne sagen, dass kein Einsatz von Schlagstöcken erfolgt sei. Hintergrund dieses Einsatzes sei gewesen, dass einige Flüchtlinge nach Karlsruhe zur Registrierung gebracht werden sollten und sich andere Flüchtlinge benachteiligt gefühlt hätten, da sie schon länger in Donaueschingen seien und noch nicht nach Karlsruhe zur Registrierung hätten gehen dürfen. Diesen Tumult habe die Polizei schnell unter Kontrolle bekommen.

Herr Dereck: Die Verwaltung treffe sich einmal die Woche mit der Polizei, Vertretern des Regierungspräsidiums und der Leitung der BEA um zu besprechen, was getan werden könne, um solche Vorfälle wie Belästigungen zu unterbinden. Es seien gemeinsam mit der Leitung der BEA Maßnahmen vorgesehen um den Asylbewerbern die Rolle der Frau beizubringen.

Frau Hölzenbein: Es käme von Seiten der Asylbewerber häufig zu ungebührlichem Verhalten gegenüber Frauen. Sei der Vortrag der Polizei über die Rolle der Frau, der bereits für 160 Flüchtlinge stattgefunden habe, für alle Pflicht?

Oberbürgermeister Pauly: Dieses mit der Polizei und dem Landratsamt abgestimmte Angebot sei nicht obligatorisch. Man dränge darauf, dass ein solcher Vortrag in das Erstprogramm mitaufgenommen werde. Die Flüchtlinge könnten zur Teilnahme aber nicht gezwungen werden. Für die Flüchtlinge in der vorläufigen Unterbringung sei das Landratsamt zuständig. Für die BEA sei das Regierungspräsidium zuständig.

Frau Hölzenbein: Die Gerüchte würden ihrer Meinung nach entstehen, weil in der Presse nicht über die stattfindenden Vorfälle mit den Asylbewerbern berichtet werde. Aus welchem Grund schreibe die Presse nicht darüber?

Oberbürgermeister Pauly: Der Gedanke, dass die Stadt oder jemand anderes der Presse verbieten würde, Berichte über Vorfälle zu schreiben, um die Stimmung nicht hochkochen zu lassen, sei völlig abwegig.

(Auf Frage von einer weiteren Bürgerin) Wie viele Asylbewerber noch in der BEA untergebracht werden sollen, könne er nicht sagen.

Bürgerin aus Donaueschingen: Aufgrund der hohen Anzahl an Asylbewerbern fühle sie sich

nicht mehr wohl. Die Polizeipräsenz bewirke bei ihr nur bedingt Sicherheit. Denn wenn Polizeipräsenz vorhanden sei, würde es auch immer einen Grund dafür geben.

2) TOP 2-015/15 Tourismuskonzept - Vorstellung von Agenturen, Vergabe

Frau Heinemann führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Doderer und Herr Fieß von der Agentur Gruppe Drei stellen die Agentur und ihr Angebot vor.

(Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Spesen für Anfahrtswege seien bereits im Angebotspreis inkludiert und würden nicht noch extra berechnet werden.

Herr Rast von der Agentur ift Freizeit- und Tourismusberatung GmbH stellt die Agentur vor und erläutert das abgegebene Angebot.

(Auf Frage von Stadtrat Vetter) Die Agentur werde zur Erarbeitung des Konzepts sehr viel vor Ort in Donaueschingen sein. Zusammengefasst werde das Konzept dann in den Büros in Köln.

(Auf Frage von Stadtrat Greiner) Frau Prof. Dr. Anja Brittner-Widmann werde in die Erstellung des Konzept und vor allen Dingen bei den Workshops miteingebunden. Durch diese Kooperation mit der Hochschule würde der Datenpool erweitert werden können. Es sei nicht vorgesehen, dass Studenten mitarbeiten würden.

Herr Gries von der Agentur Kohl & Partner stellt die Agentur und ihr Angebot vor.

Herr Jarosch von der Agentur Projekt M erläutert ebenfalls das Angebot und stellt die Agentur vor.

Die Präsentationen der vier Agenturen sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Butsch: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Nach Recherchen der Verwaltung müsse laut der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg der Tagesordnungspunkt öffentlich beraten werden, da durch die Vorlage in der vorgelegten Form das Wohl der Allgemeinheit und berechnigte Interessen Einzelner nicht betroffen seien.

Oberbürgermeister Pauly: Da Herr Karrer eine Wortmeldung machen wolle, die zur Nichtöffentlichkeit der weiteren Beratung des Tagesordnungspunktes führen werde, müsse die öffentliche Sitzung unterbrochen werden und Nichtöffentlichkeit für die weitere Beratung und Beschlussfassung hergestellt werden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Agenturen zur Kenntnis.
2. Der nichtöffentliche Teil der Sitzung soll im Anschluss an den öffentlichen Teil beraten und beschlossen werden.

(mehrheitlich Ja)

3) TOP 1-053/15 Einrichtung Bedarfsorientierte Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge (BEA) – Vereinbarung mit dem Land

Oberbürgermeister Pauly: Im Dezember 2014 habe eine Informationsveranstaltung stattgefunden, bei der verkündet worden sei, dass die Personenzahl in der vorläufigen Unterbringung von 100 Flüchtlingen auf 300 Flüchtlinge steigen werde. Das Landratsamt habe damals die Zusage gegeben, dass der Konversionsprozess nicht beeinflusst werde und Donaueschingen keine weiteren Asylbewerber zugewiesen bekomme.

Am 21. Juli 2015 habe das Regierungspräsidium telefonisch mitgeteilt, dass in Donaueschingen eine Notunterkunft im ehemaligen Kasernenareal errichtet werde. Es hätten 100 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, Ende Oktober 2015 sollte die Notunterkunft wieder aufgelöst werden. Das Regierungspräsidium habe damals versichert, dass nicht mehr als 100 Flüchtlinge aufgenommen würden und der Konversionsbereich nicht für weitere Unterbringungen berücksichtigt werden würde.

Ohne weitere Absprachen und Informationen seien dann aber kurzfristig 200 Flüchtlinge der Notunterkunft zugewiesen worden und seit diesem Zeitpunkt würde die Zahl der Flüchtlinge sukzessive steigen.

Am 22. September 2015 seien 1.660 Flüchtlinge in der BEA im Konversionsbereich untergebracht. Weitere 280 Flüchtlinge seien im Sternensaal und in der Friedhofstraße in der vorläufigen Unterbringung (Sammelunterkunft) untergebracht.

Es sei von Seiten der Stadt gegenüber dem Regierungspräsidium mehrfach kritisiert worden, dass keine Information stattfinde und dies für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt unabdingbar sei. Die Informationsveranstaltung mit Vertretern des Regierungspräsidiums habe am 13. August stattgefunden. Die Flüchtlinge seien aber bereits am 1. August in Donaueschingen eingetroffen.

Herr Dr. Hammann vom Regierungspräsidium habe bei der Informationsveranstaltung davon gesprochen, dass nicht mehr als 500 Flüchtlinge in der BEA untergebracht würden. Bereits zu diesem Zeitpunkt sei absehbar gewesen, dass es nicht bei der Anzahl von 500 Flüchtlingen bleiben werde.

Es sei vorgesehen, dass Ende September 2015 weitere 500 Flüchtlinge in die 90 Wohnungen der Cite Nord untergebracht werden sollen. Zusammen würden dann mehr als 2000 Flüchtlinge in der BEA sein. Es gebe vom Land keine Zusicherung, dass diese Zahl nicht noch weiter steigen werde.

Aufgrund der hohen Zahl von Flüchtlingen im Verhältnis zur Einwohnerzahl halte er den sozialen Frieden in Donaueschingen für gefährdet. Die Not der Flüchtlinge werde gesehen und Donaueschingen wolle auch ihren Beitrag zu Helfen leisten. Dennoch poche er beim Land darauf, dass die Zahl der Flüchtlinge in einem angemessenen Verhältnis zur Einwohnerzahl von Donaueschingen bleiben solle.

Die Verwaltung habe einen Vereinbarungsentwurf, der alle damaligen Forderungen der Landesregierung, die so von ihm mit Herrn Dr. Hammann mündlich auf der Informationsveranstaltung abgestimmt worden seien, beinhalte, an das Land gesandt. Das Integrationsministerium habe diesen Entwurf allerdings abgelehnt und einen eigenen Vertragsentwurf an die Stadt gesandt. Aus seiner Sicht sei der Entwurf des Integrationsministeriums nicht zustimmungsfähig. In diesem Entwurf würden relevante Punkte, wie eine Begrenzung auf eine bestimmte Anzahl von Gebäuden des Kasernenareals, eine Begrenzung der Zahl der Flüchtlin-

ge und eine Begrenzung der gesamten Einrichtung, fehlen.

Die Verwaltung wolle weiter mit dem Land im Gespräch bleiben und versuchen, eine Vereinbarung zu schließen, sobald die Forderungen der Stadt akzeptiert würden.

Donaueschingen wolle seine Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen aufrechterhalten. Dies sei aber bei der hohen Anzahl an Flüchtlingen immer schwieriger. Auch die vielen Ehrenamtlichen, denen er an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit danken möchte, würden an ihre Grenzen stoßen. Die Stadt Donaueschingen würde deutlich mehr (über das zehnfache) Flüchtlinge in der Stadt unterbringen, als sie gesetzlich müsste. Wenn keine Gebäude zur Verfügung stünde, würde Donaueschingen gemäß dem Berechnungsschlüssel 70 Flüchtlinge zugewiesen bekommen und bis Ende 2016 wahrscheinlich 190 Flüchtlinge unterbringen müssen.

Ein weiteres Problem sehe er darin, dass noch nicht alle Flüchtlinge eine Gesundheitsuntersuchung erhalten hätten. Dies müsse schnellstmöglich vorgenommen werden. Auch die Registrierung der Flüchtlinge sei enorm wichtig, da nur dann das Asylverfahren anlaufe.

Stadtrat Greiner: Auch er halte den vom Land ausgearbeiteten Entwurf für inakzeptabel. Er solle vom Gemeinderat abgelehnt werden.

Das Sicherheitsgefühl der Bürger sei jetzt anders als zu der Zeit, als noch nicht diese große Anzahl von Flüchtlingen in Donaueschingen gewesen sei. Es helfe den Bürgern von Donaueschingen auch nicht, dass noch nichts passiert sei und die Kriminalitätsstatistiken keine Erhöhungen von Straftaten vorweisen würden. Die CDU-Fraktion fordere einen Flüchtlingsaufnahmestopp. Das Land dürfe mit seinem Tun nicht dem Verkauf der Kaserne vom Bund an die Stadt im Wege stehen. Außerdem müsse mehr Personal für die BEA gestellt werden. Die Gesundheitsuntersuchung und auch die Registrierung jedes untergebrachten Flüchtlings seien enorm wichtig. Dass dies noch nicht geschehen sei, deute auf ein Organisationsversagen des Landes hin.

Stadtrat Kuttruff: Auch die FDP/FW-Fraktion werde den Vertragsentwurf des Landes ablehnen. Es sei aber sehr wichtig, dass vertragliche Vereinbarungen getroffen würden. Aus diesem Grund habe sich die FDP/FW-Fraktion gefragt, wie andere Kommunen mit vergleichbaren Situationen und Konversion umgehen und wo es schon vertragliche Vereinbarungen mit dem Land gebe. In Bamberg sei man fündig geworden. An diesem Vertrag orientiert, habe die FDP/FW-Fraktion einen Vertragsentwurf ausgearbeitet. Wichtig sei, dass im Vertrag die Dauer und Kapazität der BEA definiert und begrenzt werde. Sechs Gebäude könnten bis spätestens zum 31. März 2018 nutzbar sein. Eine geordnete Rückgabe des nördlichen Bereichs, der Cité Nord, nach dem Winter, bis spätestens zum 30. Juni 2016 werde auch gefordert. Die Registrierung und eine Gesundheitsuntersuchung der Flüchtlinge, sowie eine Begleitung und Unterstützung der Konversion sei unabdingbar. Das Land solle sich auch dazu verpflichten, dass es dem Konversionsprozess, insbesondere dem Verkauf der Kaserne vom Bund an die Stadt, nicht im Wege stehe. In Mannheim sei dies aktuell nämlich der Fall.

Stadtrat Karrer: Die vom Land anfangs genannten Zahlen von 500 Flüchtlingen seien sicherlich zum damaligen Zeitpunkt richtig gewesen. Die Zahl der ins Land gekommenen Flüchtlinge sei dann aber sprunghaft angestiegen. Bisher sei dank der hauptamtlichen aber vor allem Dank der ehrenamtlichen Helfer in der BEA und auch in der vorläufigen Unterbringung alles gut gegangen. Die jetzige Flüchtlingszahl sei aber viel zu hoch. Aus diesem Grund solle im Vertrag mit dem Land eine Begrenzung der Anzahl der Flüchtlinge vereinbart werden, ebenso die Dauer der BEA, um Planungssicherheit zu erhalten. Er fordere zudem, dass die nördlichen Gebäude auf dem Areal nicht bezogen würden. Auch die bereits mehrfach geforderte Gesundheitsuntersuchung sei wichtig, genauso wie die Verstärkung des Sicherheitspersonals. Dies sei notwendig, da die verschiedensten Ethnien auf engstem Raum miteinander

leben müssten. Die Aufklärung der Flüchtlinge, auch die Aufklärung der Bevölkerung solle fester Bestandteil in Donaueschingen werden.

Für die Zukunft sei die Integrationsarbeit enorm wichtig, da sicherlich einige dieser Flüchtlinge in Donaueschingen bleiben würden. An den dann benötigten Wohnraum müsse bereits heute gedacht werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die Flüchtlingskrise werde nicht in Donaueschingen gelöst und Prognosen könnten nicht gestellt werden. Richtig sei es, dass das Thema endlich öffentlich diskutiert werde. Das Lamentieren bezüglich der mangelhaften Informationspolitik könne sie nicht mehr hören. Die Zahl der Flüchtlinge sei mit 2000 am Limit. Die Ängste der Bevölkerung würden ernst genommen.

Der von der Verwaltung ausgearbeitete Vertrag sei mit der Forderung, bis zum 30. Juni 2016 die Kaserne zu räumen und für jeden weiteren Tag darüber hinaus 10.000 Euro vom Land zu erhalten, zum Scheitern verurteilt gewesen. Das konstruktive Miteinander müsse mit dem Land gesucht werden.

Da in der BEA wegen des häufigen Belegungswechsels eine Integration nicht möglich sei, wären vernünftige Anschlussunterbringungen für Donaueschingen sicherlich besser. Mit einem solchen Angebot an das Land heranzutreten, könnte für die Verhandlungen von Vorteil sein. Mit einer Anschlussunterbringung würden die ca. 100 Ehrenamtlichen mehr als Sach- und Geldspenden leisten können.

Stadtrat Blaurock: Als damals 80 Flüchtlinge in den Sternensaal untergebracht werden sollten, sei man bereits vor dieser Zahl zurückgeschreckt. Nach einer Informationsfahrt nach St. Georgen, wo bereits eine Sammelunterkunft bestanden habe und ein Arbeitskreis Asyl gebildet worden sei und dieser als Ansprechpartner gute Kontakte möglich gemacht habe, seien die Ängste verflogen. Der Donaueschinger Arbeitskreis Asyl würde helfen, Ängste und Vorurteile abzubauen. Jeder könne sich diesem anschließen. Die derzeit 300 Flüchtlinge in der vorläufigen Unterbringung seien für die Größe von Donaueschingen ausreichend. Er halte eine Beschränkung der Anzahl auf 1.500 Flüchtlinge, die in den Vertrag mit dem Land aufgenommen werden solle, für angemessen. Falls das Land die Kaserne länger benötige, sollte im Vertrag eine Art Ausstiegsklausel vereinbart werden, damit das Kasernengebäude nach und nach für neue Nutzungskonzepte geräumt werden könnten. Die Forderung nach einem hauptamtlichen Mitarbeiter, der sich um die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer kümmere und als Koordinator fungiere, stelle er auch.

Stadtrat Roland Erndle: Eine Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge sei wichtig. Die polizeiliche Arbeit sei lobenswert und sehr gut. Diese Arbeit solle auch in den Medien präsent sein und thematisiert werden, denn solange gegenüber dem Land angegeben werde, dass bei der jetzigen Flüchtlingszahl alles in Ordnung sei, sei auch die Belegungsgrenze nicht erreicht.

Stadträtin Riedmaier: Die Situation in der Linsenöschstraße sei nicht mehr schön. Fast täglich würde man von Flüchtlingen mit Worten oder obszönen Gesten angemacht und belästigt. Diese Vorfälle würden nicht der Polizei gemeldet.

Stadträtin Weishaar: Die Organisationsstrukturen des Betreibers der BEA müssten dringend verbessert werden. Durch diese Missstände würden Konflikte provoziert. Verwaltungstechnisch müsse vieles beschleunigt werden, um eine gute und erfolgreiche Flüchtlingsarbeit zu leisten.

Oberbürgermeister Pauly: Die Verwaltung habe das Regierungspräsidium bereits mehrfach auf die Probleme hingewiesen. Die Probleme würden auch vom Regierungspräsidium gesehen, jedoch seien die Verantwortlichen nicht sofort handlungsfähig.

Stadträtin Wiemer: Der Polizei sollen Hinweise gegeben werden, wo vermehrt Frauen beläs-

tigt würden, damit diese dann dort präsenter sei.

Herr Dereck: Es würden Meldungen bei der Stadtverwaltung eingehen, die auch alle ernst genommen würden und an die Polizei und den Betreiber weitergegeben werden. Er könne nur den Tipp geben, sofort die Polizei zu rufen, wenn jemand bedrängt werde. Gegen das Klingeln an der Haustüre könne rechtlich nichts unternommen werden.

Stadtrat Reith: Es sei wichtig, dass eine Grundlage für die Diskussion mit dem Land geschaffen werde, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Die BEA in Donaueschingen sei keine richtige BEA, da die Flüchtlinge nicht nur drei bis sieben Tage in der Notunterkunft untergebracht seien, sondern oft mehrere Wochen. Diese Art entspreche einer LEA. Die hohe Anzahl von Flüchtlingen sei ein Problem, auch für die Security-Kräfte, die im Zweischichtsystem im Auftrag des Landes arbeiten würden.

Das Land müsse ehrlich sein und dazu stehen, dass eine Überbelegung von Gebäuden nicht besser sei als die Belegung von Turnhallen oder der Bau von Zeltstädten.

Beschluss:

1. Der vorliegende Vertragsentwurf des Landes wird abgelehnt.
2. Eine Zustimmung zu einem Vertrag ist nur dann möglich, wenn die wichtigsten Forderungen der Stadt
 - Begrenzung auf 1.500 Flüchtlinge
 - Beendigung der Einrichtung der BEA zumindest im nördlichen Bereich in den Sektoren 1 bis 4 bis zum 01.07.2016
 - Gesundheitsuntersuchung für jede untergebrachte Person
 - Registrierung jeder untergebrachten Person
 - Unterstützung des Konversionsprozesses
 - Verbesserung der Organisationsstrukturen des Betreibers in der BEA

in den Vertrag mit aufgenommen werden.

3. Die Information wird zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat schließt sich der Beurteilung der Stadtverwaltung an und widerspricht einer Belegung mit Flüchtlingen in dem vom Land beabsichtigten Umfang.

(einstimmig)

4) TOP 1-051/15 Reitturnier Donaueschingen GmbH - Weisungsbeschlüsse

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 4-090/15 Donauquelle / Treppen- und Aufzugsanlage - Vergabe Nachtrag 2 und Massenmehrungen

Herr Bunse erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

6) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.